

Finanzkrise

Notfallpläne der Grossbanken nur eine Illusion?

von Hansueli Schöchli 21.12.2016, 05:30 Uhr

Kurz vor der entscheidenden Sitzung über die globalen Kapitalstandards für Banken wehren sich Ökonomen gegen eine drohende Aufweichung.

Bei «Basel III» geht es um Milliarden. (Bild: Kin Cheung / Keystone)

Basel ist in Finanzkreisen eine Weltmarke. Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, der Notenbanken und Aufsichtsbehörden von rund dreissig Finanzplätzen umfasst, macht die Globalstandards für die Regulierung des Bankensektors. Nach dem Ausbruch der Finanzkrise 2007 stand besonders die Verschärfung der Eigenkapitalregeln im Zentrum. Die aktuelle Version der Standards – «Basel III» – ist Gegenstand einer Kontroverse, welche die Chiefs der Notenbanken und Aufsichtsbehörden im Januar entscheiden sollen.

Zügellose Banken zähmen

[Kommentar von Claudia Aebersold Szalay 20.12.2016, 05:30](#)

Die Sache klingt technisch, doch es geht um viele Milliarden. Im Zentrum der Debatte steht die Einschätzung der Risiken von Bankaktiven. Die Globalstandards setzen den Banken minimale Eigenkapitalvorgaben, gemessen an den Gesamtengagements (grob: Bilanzsumme) und auch gemessen an den «risikogewichteten» Aktiven. In der Risikogewichtung von Bankforderungen wiegt zum Beispiel eine Nestlé-Obligation weit weniger schwer als der Blankokredit an ein Jungunternehmen. Das klingt vernünftig, doch bankinterne Modelle zur Risikoeinschätzung können krass danebenliegen, wie die Finanzkrise zeigte. Zur Diskussion steht deshalb der Vorschlag eines Sicherheitsnetzes: Demnach dürften bankinterne Modelle das Risikogewicht von Aktiven und damit das geforderte Eigenkapital im Vergleich zur Pauschale des «Standardmodells» höchstens um einen gewissen Prozentsatz reduzieren; die Rede ist von einem Maximalrabatt von 10 bis 30%. Zudem sollen Hypotheken nicht mehr generell weniger Bankenkaptal erfordern als andere Kredite.

Europas Widerstand

Banken, Regierungen und Aufsichtsbehörden vor allem aus Europa wehren sich stark gegen solche Sicherheitsnetze und drohten schon wiederholt mit dem Platzenlassen der Verhandlungen ([vgl. NZZ 20. 12. 16](#)). Die Hauptkritik: Die vorgeschlagene Verschärfung führe zu massiv mehr Kapitalbedarf bei den Banken, bremse das Kreditgeschäft und benachteilige Europas Banken gegenüber den US-Instituten. Zu den stärksten Kritikern zählen Deutschland und Frankreich. Der wissenschaftliche Beirat des deutschen Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel hat nun in einem Brief kurz vor der entscheidenden Sitzung in Basel den Minister «dringlich» dazu aufgerufen, die deutsche und europäische Position zu «überdenken» (lies: den Widerstand gegen die Vorschläge zur Verschärfung aufzugeben). Vorsitzender des Beirats, dem über dreissig Wirtschaftsprofessoren angehören, ist der Schweizer ETH-Professor Hans Gersbach.

Der zwölfseitige Brief betont die Notwendigkeit der Einschränkung des «Missbrauchs der (bankinternen) Risikomodelle zum Kleinrechnen der Risiken» und erinnert dabei auch an das Beispiel der UBS vor 2008.

Doch belasten strengere Eigenkapitalregeln das Kreditgeschäft und die Volkswirtschaft? Diese von den Banken oft geäusserte These fällt bei den Ökonomen durch. Sie räumen zwar ein, dass aus Bankensicht Eigenkapital teurer sein könne als Fremdkapital, doch den Kosten der Eigenkapitalfinanzierung für die Aktionäre stehe wegen der Reduktion der

Haftungsrisiken ein Gewinn der Steuerzahler oder der Bankgläubiger gegenüber. Frühere Prognosen der Banken über den wirtschaftlichen Schaden von schärferen Kapitalregeln hätten sich zudem nicht bewahrheitet. Überdies könnten die Banken bei Bedarf zusätzliches Eigenkapital aufnehmen.

Der Brief erinnert im Weiteren daran, dass «Immobilienkredite regelmässig im Zentrum von Finanzkrisen stehen» und deshalb kein Anlass bestehe, Hypotheken generell als «sicherer» zu betrachten als Unternehmenskredite. Der Verweis europäischer Banken auf eine «Benachteiligung» gegenüber US-Banken zieht laut den Ökonomen ebenfalls nicht. Zum einen stehe der typische deutsche Immobilienfinanzierer nicht im Wettbewerb mit einem US-Immobilienfinanzierer. Und selbst wenn es eine solche Konkurrenz gäbe, sei dies kein entscheidendes Argument, denn im Vordergrund stehe der Schutz des inländischen Finanzsystems und des Steuerzahlers vor den Risiken einer Finanzkrise.

Der Eingabe des deutschen Ökonomengremiums würden Schweizer Aufsichtsbehörden wohl zustimmen. Die Schweiz gehört neben den USA und Grossbritannien zu den (wenigen) Ländern, die relativ «strenge» Auflagen befürworten. Für die Schweizer Grossbanken würde der ursprüngliche Vorschlag des Basler Ausschusses laut Beobachtern kaum striktere Eigenkapitalvorgaben im Vergleich zu den schon beschlossenen Schweizer Regeln bringen. Dass der Aufruf der Ökonomen den Widerstand von Europa gegen einigermaßen strenge Regeln wesentlich aufweichen wird, gilt aber als unwahrscheinlich. Die Frage ist, ob sich noch ein für alle Beteiligten halbwegs akzeptabler Kompromiss finden lässt.

Lieber Kapital als Pläne

Aufhorchen lässt der Brief auch mit seiner Skepsis gegenüber der Wirkung von Notfallplänen für internationale Grossbanken. Manche Länder würden es demnach kaum billigen, wenn die Heimbehörde einer Krisenbank die systemrelevanten Teile im Heimmarkt rettet, den Rest aber in Konkurs gehen liesse. Er habe Notfallpläne gesehen, sagt ETH-Professor Hans Gersbach: Es sei eine «absolute Illusion» zu glauben, dass sich internationale Grossbanken wie UBS oder Credit Suisse in einer Krise geordnet beerdigen liessen.

Die Notfallpläne sind wohl weit besser als nichts, doch man würde kaum sein Geld auf ihr Funktionieren in der Krise setzen wollen. Diese Zweifel unterstreichen die Bedeutung von Kapitalpolstern grosser Banken.